

Interpellation Grünenfelder-Bad Ragaz / Romer-Jud-Benken / Sennhauser-Wil
vom 18. September 2023

Wasserversorgungssicherheit und Wassermanagement auf St.Galler Alpen: Kanton soll Strategie und konkretes Vorgehen aufzeigen

Schriftliche Antwort der Regierung vom 16. Januar 2024

Daniel Grünenfelder-Bad Ragaz, Heidi Romer-Jud-Benken und Sepp Sennhauser-Wil erkundigen sich in ihrer Interpellation vom 18. September 2023 nach der Haltung der Regierung betreffend die Unterstützung der Wasserversorgungen auf den St.Galler Alpen.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Entwicklung einer kantonalen Produktionsgrundlagenstrategie basiert gemäss dem Bericht 40.20.02 «Leistungsumfang und Art der Umsetzung der kantonalen Landwirtschaftspolitik (LAUKL)» auf folgenden Grundsätzen:

- Der Unterhalt und die Erneuerung der Infrastrukturen ist Aufgabe der Werkbesitzerinnen und Werkbesitzer bzw. der für den Unterhalt zuständigen Organisationen. Die Planung und Ausführung der Arbeiten werden durch fachkundiges Personal aus der Privatwirtschaft bereitgestellt bzw. ausgeführt. Die Mitarbeitenden des Kantons stehen beratend zur Seite und nehmen die hoheitlichen Aufgaben bezüglich der Baubewilligung und Fördertatbeständen (wie z.B. der Strukturverbesserungsverordnung) wahr.
- Der Kanton unterstützt die Werkeigentümerinnen und Werkeigentümer durch die Mitfinanzierung von konkreten Bauprojekten mit Beiträgen gemäss der eidgenössischen Verordnung über Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft (SR 913.1; abgekürzt Strukturverbesserungsverordnung, SVV) und anhand kantonalen Praxis.

Die Anzahl der beim Kanton eingereichten Beitragsgesuche für Wasserversorgungen auf den Alpen ist in den letzten Jahren relativ konstant geblieben. Kurzfristige Anstiege zeigten sich jeweils im Nachgang zu Jahren mit extremen Trockenereignissen. Mit den beim Kanton und Bund verfügbaren Mitteln für Strukturverbesserungen konnten die eingereichten Wasserversorgungsprojekte ohne grössere zeitlichen Verzögerungen realisiert werden. Nicht realisierte Projekte wiederum sind fast ausnahmslos zurückzuführen auf technische Defizite oder auf einen Ausbaustandard, der weit über den beitragsberechtigten Grenzen liegt. Für die Mehrheit dieser Projekte wurde zu einem späteren Zeitpunkt ein revidiertes Gesuch eingereicht.

Neben den Beiträgen von Bund und Kanton können die Gesuchstellenden für die Restfinanzierung auf weitere Finanzierungsquellen zurückgreifen (z.B. Berghilfe, Patenschaft für Berggemeinden sowie andere Stiftungen und Organisationen), die für Wasserversorgungen im Sömmerungsgebiet namhafte Beiträge sprechen. Der grosse Anteil an realisierten Projekten zeigt auf, dass die meisten Projekte mit den Beiträgen von Bund und Kanton sowie den Möglichkeiten der Restfinanzierung für die Gesuchstellenden finanziell tragbar sind.

Die maximal möglichen Beitragssätze richten sich nach der Strukturverbesserungsverordnung. Aufgrund kantonalen Sparpakete wurden im Kanton die maximalen Beitragssätze nach dem Jahr 2010 auf gesamthaft 50 Prozent (Beiträge Bund und Kanton) limitiert. Diese Limite hat das Land-

wirtschaftsamt aus Gründen der Gleichbehandlung per 1. Januar 2023 auf 52 Prozent angehoben. Ebenso kennt die kantonale Subventionspraxis seit Jahrzehnten eine Limitierung der maximalen beitragsberechtigten Kosten aufgrund landwirtschaftlicher Kennzahlen wie Anzahl Normalstösse (im Sömmerungsgebiet) oder erschlossene landwirtschaftliche Nutzfläche. Während diese Limitierung lange Zeit für alle Gesuchsarten zusammen galt, wird seit 1. Januar 2023 die Limite je für Massnahmen zur Wasserversorgung und für weitere Tiefbaumassnahmen wie Erschliessungen angewandt. Damit wurden die möglichen Beiträge für Wasserversorgungen deutlich ausgeweitet.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Der Grundlagenbericht des Bundes bezieht sich insbesondere auf den Wasserbezug aus Oberflächengewässern für die Bewässerung von Kulturen. Der Bericht nimmt keinen Bezug auf Wasserversorgungen im Sömmerungsgebiet. Das darin angesprochene Wassermanagement kommt somit auf Alpbetrieben in dieser Form nicht zur Anwendung, da diese i.d.R. eigene Wasserversorgungen betreiben und diese selbstständig bewirtschaften können.

Die Regierung hat im Rahmen des Projekts «Langfristige Sicherstellung der Wasserressourcen im Kanton St.Gallen» dem Kantonsrat im März 2022 einen Bericht vorgelegt (40.22.02, nachfolgend Bericht LAUKL). Die im Bericht LAUKL beschriebenen Massnahmen sind in Umsetzung. Mit dem Bericht verfügt der Kanton über eine gute Grundlage für ein nachhaltiges Wassermanagement sowie eine sichere Wasserversorgung. Als Folge dieses Berichts wurde eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die unter anderem die Auswirkungen auf die Landwirtschaft geprüft hat. Dabei wurde wiederum insbesondere die Wasserentnahme aus Oberflächengewässern bzw. die Bewässerung von Kulturen angesprochen. Die Erteilung der Wasserrechtskonzessionen als kantonale Aufgabe, insbesondere deren Handhabung für die Zukunft, wurden dabei besprochen und die künftige Praxis für Wasserrechtskonzessionen überprüft.

2. Die allgemeine Stossrichtung ist im Bericht LAUKL festgehalten. Es liegt in der Verantwortung der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer bzw. der Alpbewirtschaftenden, entsprechende Projekte zur Wasserversorgungssicherheit zu planen und voranzutreiben. Zur Ermittlung des Wasserbedarfs und der möglichen technischen Ausgestaltung von Wasserversorgungen im Alpgebiet stehen den Gesuchstellenden Beratungsangebote des Landwirtschaftsamtes am Landwirtschaftlichen Zentrum St.Gallen zur Verfügung. Der Kanton startet von sich aus keine Projekte. Er stellt neben der Beratung seine hoheitlichen Aufgaben im Bereich der Projektbewilligung sowie der Beitragsgewährung sicher und unterstützt die Gesuchstellenden bei den Verfahren.
3. Das kantonale Strukturverbesserungsbudget im Bereich Tiefbau beläuft sich auf aktuell 2 Mio. Franken jährlich. Das entsprechende Budget auf Bundesebene beträgt rund 2,2 Mio. Franken. Für Strukturverbesserungsprojekte im Sömmerungsgebiet verlangt die Bundesgesetzgebung einen minimalen Kantonsbeitrag von 90 Prozent des Bundesbeitrags.

Als Folge des Berichts LAUKL wurde das kantonale Strukturverbesserungsbudget per 1. Januar 2022 um Fr. 250'000.– erhöht. Ein Teil dieser Erhöhung ist zur Sicherstellung der Wasserversorgung auf den Alpen bestimmt.

Zum aktuellen Zeitpunkt besteht bei den Strukturverbesserungsgesuchen keine «Warteliste». Mit den vorhandenen Mitteln können die Beitragsgesuche i.d.R. ohne zeitliche Ver-

zögerung zugesichert werden. Somit stehen für die aktuelle Anzahl und Grösse der Gesuche bei Anwendung der kantonalen Subventionspraxis ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung.

4. Per 1. Januar 2023 wurden die kantonalen Beitragssätze für Strukturverbesserungen im Bereich Tiefbau leicht erhöht, dies unter anderem aufgrund Anpassungen der eidgenössischen Gesetzesgrundlagen (Totalrevision der SSV). Ebenso wird ab dem gleichen Zeitpunkt im Sömmerungsgebiet die Limite der möglichen beitragsberechtigten Kosten für Projekte der Wasserversorgung und weiteren Strukturverbesserungsmassnahmen, wie z.B. Erschliessungen, getrennt betrachtet. Diese beiden Anpassungen ergeben bereits deutlich höhere Beiträge für Wasserversorgungsprojekte auf Alpen. Eine weitergehende Anpassung der Beitragssätze erscheint angesichts der aktuell verfügbaren Mittel nicht zielführend. Insbesondere bestünde das Risiko, dass die Realisierung von Projekten verzögert würde.